

Sessionsbericht

Herbstsession 2009 (7.-25. September 2009)

Von Jon A. Fanzun, Fraktionssekretär

Die Herbstsession 2009 stand ganz im Zeichen der Bundesratsersatzwahl, die aufgrund des Rücktritts von Bundesrat Pascal Couchepin notwendig geworden war. Der FDP.Die Liberalen gelang es, den Bundesratssitz gegen die Angriffe von Seiten der CVP zu verteidigen. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte den FDP-Ständerat Didier Burkhalter zum Nachfolger von Pascal Couchepin. Der neu gewählte Bundesrat wird das Departement des Innern (EDI) übernehmen.

Das Parlament bereinigte in der Herbstsession einige wichtige Geschäfte. Die Folgen der kalten Progression werden in Zukunft jährlich ausgeglichen. Entgegen dem Willen der FDP, welche diese Forderung bereits 2008 erhoben hat, tritt die entsprechende Gesetzesänderung erst 2011 (und nicht wie von der FDP gefordert 2010) in Kraft. Gleichzeitig tritt auch eine Änderung der Familienbesteuerung in Kraft. Diese bringt steuerliche Entlastungen für Familien. Namentlich wird es in Zukunft möglich sein, maximal 10'000 Franken für die externe Kinderbetreuung abzuziehen. Des Weiteren verabschiedete das Parlament entgegen dem Willen der FDP-Liberale Fraktion ein drittes Konjunkturprogramm und lehnte es – ebenfalls entgegen der Haltung der FDP – ab, ein Kontingent von 30 Mann zum Schutz von Schweizer Schiffen vor die Küste Somalias zu entsenden.

Der Nationalrat verabschiedete während der Herbstsession dringliche Massnahmen gegen die steigenden Gesundheitskosten, führte eine ausserordentliche Debatte zum Thema „Konjunktur und Arbeitslosigkeit“ durch, verabschiedete mehrere Doppelbesteuerungsabkommen, sprach sich für einen Kohäsionsbeitrag für Rumänien und Bulgarien aus und beschloss eine Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge.

Der Ständerat sprach sich für Begleitmassnahmen zugunsten der Landwirtschaft im Zusammenhang mit einem Freihandelsvertrag mit der EU aus, verabschiedete das Rüstungsprogramm 2009, lehnte es ab, auf die Revision des Güterkontrollgesetzes einzutreten und beschloss einen Gegenentwurf zur Renaturierungsinitiative.

1. Bilanz aus der Sicht der Fraktion FDP-Liberale (Fraktion RL)

- › Die FDP.Die Liberalen verteidigte mit Didier Burkhalter den Sitz im Bundesrat. Dieser wurde von der Vereinigten Bundesversammlung zum Nachfolger von Pascal Couchepin gewählt.
- › Die Folgen der kalten Progression werden in Zukunft (ab 2011) jährlich ausgeglichen. Damit findet eine seit geraumer Zeit von der FDP erhobene Forderung Eingang in die Gesetzgebung.
- › Entgegen dem Willen der Fraktion FDP-Liberale verabschiedete das Parlament ein drittes Konjunkturprogramm.
- › Das Parlament hat den Einsatz NAVFOR Atalanta entgegen dem Willen der FDP abgelehnt.
- › Die Verfassungsbestimmung über die Forschung am Menschen wurde im Sinne der FDP verabschiedet.



- › Die Teilrevision des Forschungsgesetzes wurde von den Räten im Sinne der Anträge der FDP verabschiedet.
- › Das MEDIA-Abkommen mit der EU wurde im Sinne der FDP angenommen und ein Werbeverbot für Bier und Wein abgelehnt.
- › Der Nationalrat hat den Kohäsionsbeitrag für Rumänien und Bulgarien entsprechend der Ansicht der FDP gutgeheissen.
- › Die Fraktion FDP-Liberale hat fünf Fraktionsvorstösse erarbeitet und eingereicht.

2. Vereinigte Bundesversammlung

- › **FDP verteidigt Bundesratssitz mit Didier Burkhalter:** Die Vereinigte Bundesversammlung hat am Mittwoch der zweiten Sessionswoche Ständerat Didier Burkhalter (FDP / NE) zum Nachfolger des zurücktretenden Bundesrats Pascal Couchepin und zum 112. Bundesrat in der Geschichte der Eidgenossenschaft gewählt. Im ersten Wahlgang erreichte Ständerat Dick Marty (FDP / TI) 34 Stimmen, der sich danach zurückzog, die Bundesversammlung aber dazu aufrief, über die Vertretungen der Landesteile in der Regierung nachzudenken. Nach dem dritten Wahlgang zog Christian Lüscher (FDP / GE), der zu diesem Zeitpunkt stimmenmässig hinter Burkhalter zurücklag, seine Kandidatur zugunsten des chancenreicheren Kandidaten Burkhalter zurück. Im vierten Wahlgang setzte sich der Neuenburger Ständerat klar mit 129 gegen 106 Stimmen gegen Urs Swaller (CVP / FR) durch.

Die Vereinigte Bundesversammlung hat mit der Wahl von Didier Burkhalter ein klares Bekenntnis zur Konkordanz und zu den Institutionen in diesem Land abgegeben. Sie anerkannte ausserdem den berechtigten Anspruch der lateinischen Schweiz auf zwei Sitze in der Landesregierung. Das liberale Gedankengut wird somit auch in Zukunft angemessen im Bundesrat vertreten sein. Der ausgewiesene Anspruch der FDP, mit 17.7 Prozent Wähleranteile die klar drittstärkste Partei der Schweiz, auf zwei Bundesratssitze wurde von der Parlamentsmehrheit über die Parteigrenzen hinweg anerkannt. Die FDP ist erfreut, dass die Mitglieder der Vereinigten Bundesversammlung ihre Verantwortungen gegenüber den institutionellen Prinzipien und dem nationalen Zusammenhalt der Schweiz wahrgenommen haben. Die Wahl von Didier Burkhalter ist ein Bekenntnis zur Stabilität unseres Landes.

- › **Richterwahlen:** Die Vereinigte Bundesversammlung hat Christian Hermann (SVP) zum neuen Bundesrichter gewählt. Er ersetzt den Ende Oktober zurücktretenden Pierre Ferrari (FDP). Hermann setzte sich mit 128 Stimmen gegen die von der Fraktion FDP-Liberale vorgeschlagene Kandidatin Danièle Brahier Franchetti (FDP) durch. Letztere erhielt 89 Stimmen. Für die neu geschaffene Richterstelle italienischer Muttersprache am Bundesverwaltungsgericht wurde Daniele Cattaneo (FDP) gewählt. Des Weiteren wurden Andreas Keller und Daniel Kipfer Fasciati zum Präsidenten bzw. Vizepräsidenten des Bundesstrafgerichts für die Jahre 2010 und 2011 gewählt.

3. Geschäfte beider Räte

- › **Kalte Progression wird erst 2011 ausgeglichen:** Bis anhin wird die kalte Progression erst ausgeglichen, wenn 7 Prozent Teuerung aufgelaufen ist. Dadurch zahlen die Steuerzahlenden über mehrere Jahre zu viel Steuern. Die Steuerlast reduziert sich durch den automatischen Ausgleich der kalten Progression um rund 500 Millionen Franken. In der Sondersession vom August 2009 hatte sich der Ständerat dem Nationalrat angeschlossen und sich für den jährlichen Ausgleich der kalten Progression ausgesprochen. Strittig blieb die Frage, wann die Vorlage in Kraft treten sollte. Während der Ständerat für ein Inkrafttreten 2011 plädierte, sprach sich der Nationalrat im Sinne der FDP mit 115 zu 61 Stimmen dafür aus, dass die kalte Progression 2010 erstmals ausgeglichen werde sollte. Da der Ständerat in der Folge aber auf der Inkraftsetzung 2011 beharrte und die Einigungskonferenz der kleinen Kammer folgte, blieb dem Nationalrat nichts anderes übrig, als sich diesem Beschluss anzuschliessen. Die FDP bedauert diese Verzögerung, müssen die Steuerpflichtigen doch unnötig ein
-

weiteres Jahr auf die fällige Entlastung warten; die FDP hatte ursprünglich gefordert, die Folgen der kalten Progression auf den 1. Januar 2009 auszugleichen. Positiv zu werten ist allerdings, dass die kalte Progression in Zukunft automatisch und jährlich ausgeglichen wird.

- › **Vorlage zur Familienbesteuerung bereinigt:** Ziel der Reform ist die Verbesserung der horizontalen Steuergerechtigkeit. Steuerpflichtige mit gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sollen steuerlich gleichbehandelt werden. Im Vordergrund steht dabei einerseits die Verbesserung der horizontalen Steuergerechtigkeit zwischen Steuerpflichtigen mit Kindern und solchen ohne Kinder. Andererseits sollen auch erwerbstätige Eltern, welche ihre Kinder extern betreuen lassen, und Haushalte, bei denen ein Elternteil die Kinder selbst betreut, steuerlich nach Massgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit möglichst gleichbehandelt werden.

Nachdem der Ständerat die Vorlage in der Sondersession vom August 2009 behandelt hatte, befasste sich der Nationalrat als Zweitrat mit der Vorlage. Am umstrittensten war der Kinderbetreuungsabzug. Die SVP wollte allen Eltern einen Kinderbetreuungsabzug zusprechen, unabhängig, ob sie die Kinder selber betreuen oder durch Dritte betreuen lassen. Die Vertreter der FDP-Liberale Fraktion wandten sich gegen dieses Ansinnen. Denn bisher sind jene Familien in denen beide Elternteile voll oder teilzeitlich arbeiten steuerlich benachteiligt. Denn die externe Kinderbetreuung ist für diese Familien Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit. Diese Kosten können bisher nicht von der direkten Bundessteuer abgezogen werden. Des Weiteren hat ein erzielttes Mehreinkommen bei der Berufstätigkeit des Zweitverdieners steuerlich negative Auswirkungen (Steuerprogression, Verlust von einkommensabhängigen Krippensubventionen und Verbilligungen bei Krankenversicherungsprämien). Die Mehrheit des Nationalrates folgte dieser Argumentation, beschloss aber entgegen dem Willen der FDP, den Kinderbetreuungsabzug von 12'000 auf 10'000 Franken zu reduzieren. Im Gegenzug wurde beim so genannten Elterntarif ein Rabatt von 250 Franken auf den Steuerbetrag beschlossen; der Ständerat und der Bundesrat hatten hier im Sinne der FDP einen Rabatt von 170 Franken vorgeschlagen. Gemäss dem Willen der Mehrheit des Nationalrats sollte die Vorlage auf Anfang 2010 in Kraft treten. Im Differenzbereinigungsverfahren schloss sich der Ständerat beim Kinderbetreuungsabzug und beim Kinderabzug dem Nationalrat an. Dagegen beharrte die kleine Kammer entgegen dem Willen der FDP darauf, die Vorlage erst auf den 1. Januar 2011 in Kraft zu setzen.

- › **Intensives Ringen um drittes Konjunkturprogramm:** Das Parlament hat in der Herbstsession intensiv und hart um das vom Bundesrat beschlossene Konjunkturprogramm gerungen, mit dem die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit bekämpft werden soll. Unbestritten war lediglich eine Massnahme, welche die Wirtschaftskommission beider Räte eingefügt hatte: die beschleunigte Rückerstattung der Erträge der CO₂-Abgabe an Private und Unternehmen. Nach dem Willen des Parlaments sollen die Erträge der Jahre 2008-2010 im nächsten Jahr zurückverteilt werden. Die Rückverteilung erhöht sich dadurch von 220 Millionen auf 860 Millionen Franken. Die übrigen Massnahmen waren dagegen insbesondere im Nationalrat äusserst umstritten. FDP-Parteipräsident Fulvio Pelli kritisierte das Massnahmenpaket als wirkungslose Augenwischerei. Entgegen dem Willen der Fraktion FDP-Liberale entschied der Rat mit 93 zu 91 Stimmen auf die Vorlage einzutreten. Danach strich die grosse Kammer unter anderem die Finanzierung von befristeten Einsätzen bei Nonprofitorganisationen im Umfang von 238 Millionen Franken. An der Ausgabenbremse scheiterten Beiträge für die Weiterbildung von stellenlosen Lehrabgängern sowie Weiterbildungsbeiträge während der Kurzarbeit. Die kleine Kammer fügte diese Massnahmen in der Differenzbereinigung wieder in den Gesetzestext ein, im Nationalrat scheiterten sie aber auch im dritten Umgang an der Ausgabenbremse. Schliesslich hatten die Räte über einen Kompromissvorschlag der Einigungskonferenz zu befinden. Für den umstrittensten Punkt – Subventionen für befristete Einsätze von Langzeitarbeitslosen – schlug die Einigungskonferenz vor, diese Subventionen erst zu sprechen, wenn die Arbeitslosenquote 5 Prozent erreicht. Zudem sollen die Gelder nur für Einsätze in öffentlichen Verwaltungen sowie in Unternehmen, die mehrheitlich dem Staat gehören oder mit denen eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen wurde, fliessen. Die Einschränkungen verkleinern den Umfang des Konjunkturprogramms um rund 120 Millionen auf 300 Millionen Franken. Diesem Paket stimmte der Nationalrat schliesslich mit 103 zu 87 Stimmen zu; dies entgegen dem Willen der Fraktion FDP-
-

Libérale. Denn nach Ansicht der FDP ist auch das redimensionierte Programm nicht Ziel führend und leistet keinen nachhaltigen Beitrag zur Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit.

- › **Unheilige Allianz versenkt Operation NAVFOR Atalanta:** Der Ständerat hat die Beteiligung am Einsatz NAVFOR Atalanta vor Somalia als Erstrat behandelt und hat diesen mit 35 zu 5 Stimmen klar gutgeheissen. Die Debatte in der kleinen Kammer drehte sich vor allem um die Frage, ob das geltende Militärgesetz eine hinreichende Rechtsgrundlage für die Beteiligung am Anti-Piraten-Einsatz biete. Die Mehrheit des Rates war der Ansicht, dass die aktuelle Gesetzgebung den Einsatz abdecke. Entsprechend verzichtete der Ständerat mit 22 zu 12 Stimmen, auf eine vom Bundesrat parallel zum Einsatz NAVFOR Atalanta verabschiedete Militärgesetzrevision einzutreten. Der Nationalrat hat den Einsatz – entgegen der Haltung der FDP-Liberale Fraktion – in der ersten Beratungsrunde mit 103 zu 84 Stimmen abgelehnt. Eine Allianz aus SVP, Grünen und Teilen der SP votierte aus unterschiedlichen Motiven für Nichteintreten auf die Vorlage. Die kleine Kammer bekräftigte in der dritten Sessionswoche ihren Willen, an der EU-Operation Atalanta festzuhalten. Mit 29 zu 9 Stimmen sprach sich die Ständekammer ein zweites Mal für Eintreten auf die Vorlage aus. Die Vorlage hatte trotz der deutlichen Mehrheiten im Ständerat keine Chancen in der grossen Kammer. Mit 102 gegen 81 Stimmen beschloss die grosse Kammer ein zweites Mal Nichteintreten auf die Vorlage. Eine unheilige Allianz aus SVP und linksgrünen Kreisen hat damit einen gut begründeten Einsatz zum Schutz schweizerischer Interessen verhindert. Dieser Nichteintretensentscheid ist aus sicherheits- und aussenpolitischen Gründen bedauerlich und ist ein schlechtes Signal an das Ausland. Denn es wäre fraglos im Interesse der Exportnation Schweiz gewesen, einen Beitrag zur Sicherung von internationalen Seetransportwegen zu leisten.
- › **Parlament lehnt TV-Werbeverbot für Alkohol ab:** Seit zwei Jahren ist es Regional- und Lokalfernsehsendern erlaubt, für Wein und Bier Spots zu schalten, nicht aber der SRG und ausländischen Sendern in Schweizer Werbefenstern. Die EU stört sich an dieser Regelung und verlangt eine nicht diskriminierende Regelung. Der Bundesrat hat vor diesem Hintergrund die Zulassung von Bier- und Weinwerbung für alle Sender vorgeschlagen. In der Sommersession konnte diese Differenz in Sachen Alkoholwerbung nicht bereinigt werden. Der Ständerat hielt an einem allgemeinen Werbeverbot für alkoholische Getränke am TV fest, während der Nationalrat im Einklang mit der Haltung der FDP ein solches Werbeverbot ablehnte. Schliesslich gab der Ständerat nach und stimmte dem Antrag der Einigungskonferenz zu, die Werbung für Bier und Wein zuzulassen. Im Nationalrat wurde ein Antrag auf Ablehnung des Vorschlags der Einigungskonferenz deutlich mit 113 zu 69 Stimmen abgelehnt. Das Geschäft ist somit im Sinne der FDP bereinigt.
- › **Aufstockung am Bundesverwaltungsgericht:** Das Bundesverwaltungsgericht kann zur Bewältigung der erwarteten Beschwerdeflut im UBS-Amtshilfeverfahren mit den USA befristet auf zwei Jahre maximal fünf zusätzliche Richter einstellen. National- und Ständerat haben eine Änderung der entsprechenden Parlamentsverordnung deutlich gutgeheissen.
- › **Anpassung des Waffenrechts:** Im Rahmen Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes muss das schweizerische Waffenrecht angepasst werden. Neu unterliegt auch die kleinste Verpackungseinheit von Munition einer Markierungspflicht. Um die Rückverfolgbarkeit von Waffen innerhalb der Gemeinschaft der Schengen-Staaten zu verbessern, wird eine gesetzliche Grundlage für kantonale Informationssysteme zur Bearbeitung von Daten über den Erwerb von Waffen geschaffen. Der Ständerat hat die Vorlage einstimmig gutgeheissen. Der Nationalrat sprach sich mit 107 zu 51 Stimmen für die Vorlage aus. Auf die Einführung eines von der Ratslinken geforderten zentralen Waffenregisters wurde verzichtet.

4. Geschäfte des Nationalrats

- › **Neues Ratsmitglied vereidigt:** Andreas Brönnimann (EDU / BE) hat vor dem Nationalrat das Gelübde abgelegt. Er tritt die Nachfolge des zurückgetretenen Berner EDU-Nationalrats Christian Waber an. Brönnimann hat sich der SVP-Fraktion angeschlossen.
-

- › **Debatte zu Konjunktur und Arbeitslosigkeit:** Der Nationalrat führte eine von der Ratslinken verlangte ausserordentliche Session zum Thema „Konjunktur und Arbeitslosigkeit“ durch. Dies notabene, nachdem der Rat bereits zuvor lange Debatten zum dritten Konjunkturpaket geführt hatte. Der Rat debattierte dabei unter anderem eine Motion des Ständerats, die den Bundesrat beauftragt, im Rahmen eines dritten Konjunkturprogramms Massnahmen zu treffen, damit die wegen der Rezession im FinöV-Fonds entstandene Finanzierungslücke geschlossen oder verringert wird. Die FDP-Liberale Fraktion sprach sich entschieden gegen die Motion aus, da es alles andere als sicher ist, dass es überhaupt eine Finanzierungslücke gibt. Der Vorstoss wurde mit 92 zu 89 Stimmen abgelehnt. In der Debatte forderten die Sprecher der Fraktion FDP-Liberale, dass Reformen angepackt werden, um die Schweiz für den härter werdenden Wettbewerb zu rüsten. Im Rahmen der Debatte wurden über 50 parlamentarische Vorstösse behandelt und entschieden.
 - › **Dringliche Massnahmen in Gesundheitswesen:** Eintreten auf die Vorlage zur Kosteneindämmung im Gesundheitswesen war im Nationalrat, welcher sich als Erstrat mit der Vorlage beschäftigte, unbestritten. Mit rasch wirksamen Massnahmen soll die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen und soll die für das Jahr 2010 angekündigten Prämien erhöhungen eingedämmt werden. Das Sparpaket soll Anfang 2010 in Kraft treten und bis Ende 2012 befristet sein. Im Sinne der Fraktion FDP-Liberale lehnte der Nationalrat die einmalige Aufstockung der Prämienverbilligung um 200 Millionen Franken als untaugliche Massnahme klar ab. Knapp abgelehnt wurde der Versuch, die Vertragsfreiheit zwischen Ärzten und Versicherern im Rahmen des dringlichen Massnahmenpakets festzuschreiben. Der Nationalrat sprach sich mit 87 zu 80 Stimmen gegen dieses Ansinnen aus. Das Kernstück der Vorlage, die Einführung eines differenzierten Selbstbehalts, wurde vom Rat dagegen angenommen. Die Versicherten sollen einen Anreiz erhalten, sich zunächst an einen Hausarzt zu wenden. Wer dagegen direkt zum Spezialisten oder in ein Spitalambulatorium geht, soll künftig einen Selbstbehalt von 20 Prozent bezahlen. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Praxisgebühr von 30 Franken pro Arztbesuch war im Nationalrat dagegen chancenlos.
Entgegen dem Willen des Bundesrates und auf Antrag von Claude Ruey (FDP / VD) hat der Nationalrat des Weiteren eine Lenkungsmöglichkeit für die Kantone im Bereich der ambulanten Tätigkeit (Erteilung von Leistungsaufträgen) mit 82 zu 74 Stimmen verworfen. Angenommen wurde der Vorschlag, dass bei der Wahl einer höheren Franchise eine Vertragsdauer von drei Jahren zu gelten habe. Damit soll das Rosinenpicken für Versicherte unterbunden werden, die beispielsweise bei einer geplanten Operation ihre Franchise im betreffenden Jahr senken, um sie nach der Behandlung wieder anzuheben. Der Nationalrat hat das Gesamtpaket in der GesamtAbstimmung mit 113 zu 58 Stimmen verabschiedet. Das Geschäft, das ursprünglich während der Herbstsession von beiden Räten hätte bereinigt werden sollen, geht nun an den Ständerat.
 - › **Kohäsionsbeitrag für Rumänien und Bulgarien:** Der Nationalrat hat sich mit 113 zu 52 Stimmen für den Schweizer Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der um Rumänien und Bulgarien erweiterten EU ausgesprochen. Der Umfang des Beitrags beträgt 257 Millionen Franken (181 Millionen für Rumänien, 76 Millionen für Bulgarien). Der Rat lehnte den Nichteintretensantrag der SVP-Fraktion im Sinne der Fraktion FDP-Liberale deutlich mit 109 zu 51 Stimmen ab. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag der SVP, die Mittel erst freizugeben, wenn alle EU-Mitglieder die Steuerhoheit der Schweiz anerkennen. Walter Müller (FDP / SG) meinte zu diesem Antrag, dass es ein unwürdiger Kniefall wäre, wenn man die Steuerhoheit von anderen Ländern abhängig machen würde.
 - › **Mehrere Doppelbesteuerungsabkommen gutgeheissen:** Als Zweitrat hatte der Nationalrat mehrere Doppelbesteuerungsabkommen zu beraten, die noch vor dem Beschluss des Bundesrates zur erleichterten Amtshilfe ausgehandelt worden sind. Unbestritten war, dass die Abkommen mit Frankreich und Türkei an die neuen Gegebenheiten anzupassen sind. Beide Abkommen wurden stillschweigend an den Bundesrat zurückgewiesen. Das neue Abkommen mit Frankreich ist bereits unterzeichnet. Bundespräsident Merz betonte in diesem Zusammenhang, dass das Abkommen die vom Bundesrat festgelegten Eckwerte vollumfänglich berücksichtige und „fishing expeditions“ ausschliesse. Uneinigkeit herrschte im Nationalrat in Bezug auf die Frage, ob die Schweiz weiterhin Doppelbesteuerungsabkommen abschliessen soll, die nach altem Modell ausgestaltet sind, also keine
-

Amtshilfe bei Verdacht auf Steuerhinterziehung vorsehen. Konkret ging es um entsprechende Abkommen mit Chile, Bangladesch und Ghana. Die Ratslinke argumentierte, dass die Schweiz alle Staaten gleich behandeln müsse. Deshalb seien die Abkommen zurückzuweisen und gemäss den OECD-Kriterien zu überarbeiten. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien wandten sich gegen die Rückweisung, denn es gebe Länder wie Ghana und Bangladesch, die an einer erweiterten Amtshilfe nicht interessiert seien. In solchen Fällen sei ein nicht OECD-konformes Abkommen die bessere Lösung als gar kein Abkommen. Bundespräsident Merz betonte, dass die Schweiz allen Staaten die erleichterte Amtshilfe anbieten werde. In diesem Sinne könne das Abkommen mit Chile zu einem späteren Zeitpunkt angepasst werden. Der Nationalrat schloss sich dieser Argumentation an und genehmigte die Abkommen mit Chile, Bangladesch und Ghana klar.

- › **Bedingter Rückzug von Volksinitiativen:** Der Nationalrat hat die Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte mit 84 zu 72 Stimmen gutgeheissen. Demnach soll künftig ein bedingter Rückzug einer Volksinitiative möglich sein. Ein Initiativkomitee soll eine Initiative unter dem Vorbehalt zurückziehen können, dass ein vom Parlament ausgearbeiteter indirekter Gegenvorschlag später auch tatsächlich in Kraft tritt. Die Mehrheit der FDP sowie die SVP sprachen sich gegen die Änderung aus, weil diese die Volksrechte nicht stärke, sondern verkompliziere. Der Ständerat hatte sich bereits in der Sommersession einstimmig für den bedingten Rückzug der Volksinitiative ausgesprochen. Konkreter Auslöser für die Vorlage war die Volksinitiative „Lebendiges Wasser“ des Fischereiverbandes.
 - › **BVG-Revision:** Der Nationalrat hat als Erstrat die BVG-Revision beraten, mit welcher zweite Säule gestärkt werden soll. Ziel der Revision ist es, bei den Pensionskassen mehr Transparenz und eine verbesserte Aufsicht zu schaffen. Die Reform umfasst zwei Teile. Der erste Teil beinhaltet die Kantonalisierung der direkten Aufsicht sowie die Stärkung der Oberaufsicht durch die Schaffung einer eidgenössischen Oberaufsichtskommission. Im zweiten Teil geht es um Massnahmen zur Erleichterung der Arbeitsmarktbeteiligung von älteren Arbeitnehmern. Die Beteiligung der älteren Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt soll dank diesen Massnahmen gefördert werden. Die Volkskammer folgte im Wesentlichen den Anträgen der Kommission und verabschiedete die Vorlage in der Gesamtabstimmung einstimmig (166 Stimmen). Die BVG-Revision geht nun an den Ständerat.
 - › **Kulturförderungsgesetz:** In der Differenzbereinigung hat der Nationalrat an seinen Forderungen betreffend eine Stärkung der Stiftung Pro Helvetia gegenüber dem Bundesamt für Kultur festgehalten. Für Diskussionen sorgte insbesondere die Frage, ob der Bundesrat die strategischen Ziele der Stiftung bloss genehmigen oder aber festlegen soll. Der Kompromissvorschlag von Ruedi Noser (FDP / ZH), wonach der Bund die Strategie von Pro Helvetia festlegen würde, aber explizit auf die operative und künstlerische Freiheit zu achten habe, wurde mit 101 zu 58 Stimmen abgelehnt. Das Geschäft geht zurück an den Ständerat.
 - › **Steuerabzüge für Weiterbildungskosten:** In der Schweiz sollen neue Steuerabzüge für berufliche Aus- und Weiterbildungskosten möglich werden. Der Nationalrat ist dem Ständerat gefolgt und hat eine entsprechende Motion mit 157 gegen 3 Stimmen gutgeheissen. Das Ziel des Vorstosses besteht darin, neu auch die Kosten für jene Ausbildungen abzugsberechtigt zu erklären, die zu einem Aufstieg im Beruf oder zu einer beruflichen Neuorientierung befähigen.
 - › **Telekommunikation:** Der Nationalrat hat eine Motion von Ständerätin Erika Forster (FDP / SG) mit 141 zu 21 Stimmen abgelehnt. Die Motion bezweckt, den Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt mittels einer Änderung des Verfahrens zur Preisberechnung zu stärken. Dagegen hat die grosse Kammer ein Postulat gutgeheissen, in welchem der Bundesrat beauftragt wird, bis Mitte 2010 eine Gesamtschau über die Entwicklung und den Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt zu erstellen. Auf Basis des Berichts soll entschieden werden, ob und wie die Regulierung verstärkt und der Kommunikationskommission mehr Kompetenzen verliehen werden sollen.
 - › **Keine zusätzliche Hilfe für Sri Lanka:** Der Nationalrat hat eine Motion der APK-N mit 86 zu 75 Stimmen abgelehnt, die vom Bundesrat verlangte, aus der Verpflichtungsreserve für Katastrophen und Notlagen 5 Millionen Franken für die Nothilfe im Krisengebiet von Sri Lanka zur Verfügung zu stellen. Die Mehrheit des Rates folgte der Argumentation des Bundesrats, der darauf hinwies, dass seit
-

Anfang Jahr bereits 4,4 Millionen Franken für die humanitäre Hilfe in Sri Lanka eingesetzt worden sind und das Gesamtbudget für das Land aufgestockt worden ist.

- › **Sicherheitskontrollgesetz gescheitert:** Nach dem Ständerat ist das Sicherheitskontrollgesetz auch im Nationalrat gescheitert. Die Volkskammer trat im Sinne der Fraktion FDP-Liberale mit Zweidrittelmehrheit gar nicht auf die Vorlage ein.
 - › **Visa-Kontrollen:** Der Nationalrat hat sich als Erstrat mit der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes im Bereich Visa-Kontrollen beschäftigt. Dabei geht es um ein Visa-Informationssystem (Datenbank), welches das „Visa-Shopping“ verhindern, die Identität der Berechtigten überprüfen und Betrug bekämpfen soll. Die grosse Kammer stimmte der Vorlage mit 90 zu 55 Stimmen zu. Dagegen wollte der Nationalrat nichts davon wissen, die Vorlage dringlich zu erklären. Der entsprechende Antrag des Bundesrates hatte keine Chance und wurde mit 156 zu 4 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.
 - › **Vorstoss für eine Regierungsreform überwiesen:** Der Nationalrat hat als Zweitrat eine Motion des in den Bundesrat gewählten Ständerats Didier Burkhalter (FDP / NE) gutgeheissen, in welcher der Bundesrat beauftragt wird, in der nächsten Legislaturplanung eine Neuorganisation der Regierungsaufgaben vorzulegen.
 - › **Immobilienbotschaft:** Der Nationalrat hat das zivile Bauprogramm 2009 beraten und dabei den Kredit um 39,5 Millionen auf 314 Millionen Franken gekürzt. Die Kürzung betrifft den Umbau der Schweizer Botschaft in Moskau. Dieses Projekt wurde zurückgestellt, um genauere Angaben über das Projekt und dessen Kosten zu erhalten. Die grosse Kammer folgte mit 112 zu 49 Stimmen einem Kürzungsantrag der vorberatenden Kommission. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.
 - › **Vorstösse zum Konsumentenschutz:** Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative von Pierre Bonhôte (SP / NE) für mehr Konsumentenschutz im Telefonverkauf entgegen dem Willen der FDP-Liberale Fraktion mit Stichentscheid der Ratspräsidentin gutgeheissen. Die zuständige Ständeratskommission wird diesbezüglich eine Gesetzesvorlage ausarbeiten müssen. Dagegen hat der Nationalrat zwei weitere parlamentarische Initiativen im Sinne der FDP abgelehnt. In der ersten Initiative verlangte Simonetta Sommaruga (SP / BE) einen Ausbau des Konsumentenschutzes im Bereich des E-Shoppings. Dieser Vorstoss wurde vom Nationalrat zum zweiten Mal und somit endgültig mit 79 zu 74 Stimmen abgelehnt. In einer zweiten Initiative verlangte die Berner SP-Ständerätin einen besseren Schutz vor dem sogenannten „Kleingedruckten“ in Verträgen. Kurt Fluri (FDP / SO) verwies in diesem Zusammenhang, dass das Gesetz über unlauteren Wettbewerb bereits in Revision ist und somit kein weiterer Handlungsbedarf besteht. Der Vorstoss geht nochmals an den Ständerat, der diesen in einem ersten Durchgang unterstützt hatte.
 - › **Immunität der Bundesräte geschützt:** Nach dem Ständerat hat es auch der Nationalrat abgelehnt, die Immunität von Bundesratsmitgliedern aufzuheben. Zum einen ging es um eine gegen Bundesrätin Micheline Calmy-Rey eingereichte Anzeige bei der Bundesanwaltschaft wegen Äusserungen im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien. Zum anderen ging es um ein Begehren um Aufhebung der Immunität der amtierenden und ehemaligen Mitglieder des Bundesrates, welche den Entscheid zur Aktenvernichtung im Fall Tinner mitgetragen hatten.
 - › **Allgemeinverbindlichkeit von Konkordaten:** Der Nationalrat hat gegen dem Willen der Fraktion FDP-Liberale einer parlamentarischen Initiative der SVP-Fraktion mit 80 zu 68 (bei 20 Enthaltungen) zugestimmt, welche die Streichung der Allgemeinverbindlichkeit von Konkordaten und interkantonalen Rahmenvereinbarungen aus der Verfassung verlangt. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.
 - › **Rahmengesetz für Risikosportarten:** Der Nationalrat hat als Erstrat ein Rahmengesetz für kommerziell angebotene Risikosportarten und das Bergführerwesen beraten, das auf eine parlamentarische Initiative von alt Nationalrat Cina (CVP / VS) zurückgeht. In Zentrum der Debatte stand die Frage, ob ein Gesetz überhaupt nötig sei. Entgegen dem Willen des Bundesrats sprach sich der Nationalrat äusserst knapp – mit 83 gegen 82 Stimmen – für die Vorlage aus. Diese geht nun an den Ständerat.
-

- › **Erhöhung der Fraktionsbeiträge:** Der Nationalrat hat eine Erhöhung der Beiträge an die Fraktionen beschlossen. Die Erhöhung lässt sich durch die zunehmende Komplexität und Beschleunigung der politischen Prozesse und die gestiegenen Anforderungen an die Gesetzgebungsarbeit begründen. Die Erhöhung der Beiträge soll die Beratungsfähigkeit der Fraktionssekretariate sichern. Der Nationalrat sprach sich mit 109 zu 46 Stimmen für die Vorlage aus, die nun an den Ständerat geht.

5. Geschäfte des Ständerats

- › **Verfassungsartikel Forschung am Menschen verabschiedet:** Mit dem Entwurf eines neuen Artikels 118a der Bundesverfassung und mit dem Gesetzesentwurf über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz) soll der Bund eine ausdrückliche Zuständigkeit für das gesamte Gebiet der Forschung am Menschen im Gesundheitsbereich erhalten. Die letzte Differenz betraf die Forschungsfreiheit. Während sich der Nationalrat im Differenzbereinigungsverfahren mehrmals dafür ausgesprochen hatte, die Forschungsfreiheit explizit zu verankern, wollte der Ständerat aus staats- und verfassungsrechtlichen Gründen hierauf verzichten. Dies, weil die Forschungsfreiheit bereits unter dem Oberbegriff der Wissenschaftsfreiheit (Art. 20 BV) subsumiert werden könne. In der Herbstsession lenkte der Ständerat ohne Debatte ein und räumte so die letzte Differenz in diesem Geschäft aus. In der Schlussabstimmung sprach sich der Ständerat einstimmig, der Nationalrat mit 114 zu 61 Stimmen (die SVP-Fraktion stimmte Nein) für die Vorlage aus.
 - › **Forschungsgesetz bereinigt:** Der Ständerat hat die verbliebenen Differenzen im Forschungsgesetz stillschweigend bereinigt. Die Förderagentur für Innovation des Bundes (KTI) erhält damit mehr Autonomie und einen grösseren Zuständigkeitsbereich. Seit 1943 unterstützt der Bund Projekte von Wirtschaft und Wissenschaft, aktuell mit gut 100 Millionen Franken jährlich. Mit der Teilrevision wird die KTI als Behördenkommission aus der Verwaltung herausgelöst. Ihr soll das Recht gegeben werden, selbst zu entscheiden, welche Förderprojekte sie unterstützen will.
 - › **Freihandel im Bereich Landwirtschaft:** Der Ständerat hat sich als Zweitrat mit der Schaffung einer Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen für die Landwirtschaft für den Fall von Liberalisierungsschritten beschäftigt. Die Botschaft des Bundesrates sieht vor, die Zolleinnahmen der Jahre 2009-2016 aus den Einfuhren von Lebensmitteln für die Finanzierung von Begleitmassnahmen zu reservieren. Solche Massnahmen sollten für den Fall des Abschlusses eines Freihandelsabkommens mit der EU sowie für den Fall eines Durchbruchs bei den WTO-Verhandlungen verwendet werden. Der Ständerat sprach sich deutlich – mit 28 zu 4 Stimmen – für die Vorlage aus; dies im Sinne der FDP. Die Vorlage geht zurück an den Nationalrat. Dieser war in der Sommersession gar nicht auf die Vorlage eingetreten.
 - › **Rüstungsprogramm verabschiedet:** Der Ständerat hat als Zweitrat das Rüstungsprogramm 2009 mit 32 zu 1 Stimmen gutgeheissen. Das Programm hat einen Umfang von 496 Millionen Franken und besteht im Wesentlichen aus Ersatz- und Folgeinvestitionen. Der grösste Posten des Programms ist mit 296 Millionen Franken ein neues Anflugsystem für fünf Militärflugplätze. Das Programm 2009 kostet nur rund die Hälfte des Vorjahresprogramms. Bundesrat Maurer erklärte in diesem Zusammenhang, dass man bereits für das Programm 2010 spare, in welchem der Teilersatz der Tiger-Kampfflugzeuge vorgesehen ist.
 - › **Keine „Lex Pilatus“:** Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen erlauben es, Exporte von Dual-Use-Gütern zu unterbinden, welche die Interessen der Schweiz gefährden könnten. Zudem hat der Bundesrat gestützt auf die Verfassung die Kompetenz, Exporte zu unterbinden, wenn die Landesinteressen gegen die Erteilung der Exportbewilligung sprechen. Dennoch wollte der Bundesrat das Güterkontrollgesetz ändern, um eine entsprechende Kompetenz darin zu verankern. Der Ständerat ist im Sinne der *FDP.Die Liberalen* nicht auf die Gesetzesvorlage eingetreten. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.
 - › **Tandem-Initiativen zur „Rettung des Schweizer Bodens“:** Der Ständerat hat als Zweitrat die sogenannten Tandem-Initiativen des Umweltschützers Franz Weber behandelt. Die erste Initiative verlangt, dass umwelt- und landschaftsbelastende Anlagen nur gebaut werden dürften, wenn „aus
-

bildungs- oder gesundheitspolitischer, natur- oder landschaftsschützerischer Sicht gesamtschweizerisch ein dringendes Bedürfnis besteht.“ Dies würde de facto einem Baustopp für zahlreiche Projekte gleichkommen. Die zweite Initiative verlangt, den Anteil von Zweitwohnungen auf 20 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes zu begrenzen. Der Ständerat hat die erste der beiden Initiativen abgelehnt. Dagegen verzichtet die kleine Kammer vorläufig darauf, die zweite Initiative zu behandeln. Sie folgte damit dem Vorschlag der vorberatenden Kommission, die einen konkreten Gegenvorschlag zur Initiative ins Auge fassen möchte.

- › **Gegenentwurf zur Renaturierungsinitiative:** Der Ständerat hat sich in der Herbstsession mit dem indirekten Gegenentwurf zur Volksinitiative „Lebendiges Wasser“ (Renaturierungsinitiative) befasst. Die Gesetzesvorlage bezweckt einen Ausgleich zwischen Schutz und Nutzung der Gewässer. Der Ständerat hat bei den Ausnahmen von der Restwasserpflicht einem Kompromissvorschlag seiner Kommission zugestimmt. Demnach sollen die Kantone für Abschnitte mit geringem ökologischen Potenzial zwischen 1500 und 1700 Metern tiefere Minima festlegen können. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück an den Nationalrat.
 - › **UNO-Sanktionen:** Der Ständerat hat den Bundesrat beauftragt, dem UNO-Sicherheitsrat mitzuteilen, dass er per 2010 gewisse im Rahmen der Terrorismusbekämpfung ausgesprochene Sanktionen gegen natürliche Personen nicht mehr umsetzen wird, wenn die betroffene Person keine Rekursmöglichkeit hatte, nie gegen sie Anklage erhoben wurde und seit drei Jahren keine neuen belastenden Elemente vorgebracht worden sind. Der Ständerat hat eine entsprechend Motion von Dick Marty (FDP / TI) gegen den Willen des Bundesrats mit 28 zu 0 Stimmen überwiesen.
 - › **Keine Ausserkraftsetzung der CO₂-Abgabe:** Der Ständerat hat sich als Erstrat mit 23 zu 4 Stimmen gegen eine Motion von Hannes Germann (SVP / SH) ausgesprochen, die den Bundesrat auffordert, dem Parlament einen dringlichen Gesetzesentwurf zur Revision des CO₂-Gesetzes vorzulegen. Dieser Entwurf sollte es erlauben, in Zeiten von Krisen und Notlagen die Erhebung der CO₂-Abgabe vorübergehend ausser Kraft zu setzen. Während der Gesetzesrevision seien auf die weiteren Erhöhungsschritte der CO₂-Abgabe bei Brennstoffen auf 24 Franken pro Tonne CO₂ im Jahre 2009 respektive auf 36 Franken pro Tonnen CO₂ im Jahre 2010 zu verzichten. Die Mehrheit des Rates war der Ansicht, dass man mit einer solchen Massnahme jene Unternehmen vor den Kopf stossen würde, die in den letzten Jahren Anstrengungen zur Reduktion der Schadstoffe unternommen haben.
 - › **Ständerat lehnt Tieranwaltsinitiative ab:** Nachdem das Parlament bereits beim Tierschutzgesetz sowie bei der neuen Strafprozessordnung die Einführung eines Tieranwalts abgelehnt hatte, musste das Parlament über eine Volksinitiative des Schweizerischen Tierschutzes befinden, die ein Tieranwalts-Obligatorium für alle Kantone in der Bundesverfassung verankern möchte. Der Ständerat empfiehlt – wie in der Sommersession der Nationalrat – die Initiative zur Ablehnung.
 - › **Differenzen beim Nationalstrassenabgabegesetz:** Der Ständerat hat als Zweirat das Gesetz über die Nationalstrassenabgabe beraten und einstimmig gutgeheissen. Die Abgabe, die sich auf einen alten Verfassungsartikel und eine Verordnung stützt, wird nun auf Gesetzesstufe geregelt. Inhaltlich ändert sich wenig. Die Vignette kostet weiterhin 40 Franken pro Jahr und wird in Form eines Klebers abgegeben. Die Busse für Fahren ohne Vignette wird dagegen von 100 auf 200 Franken erhöht. Anders als der Nationalrat will der Ständerat es dem Finanzdepartement erlauben, die Strafverfolgung an Dritte zu übertragen. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück an den Nationalrat.
 - › **Kein Poststellenmoratorium:** Der Ständerat hat sich dagegen ausgesprochen, mit der Schliessung von Poststellen zu warten, bis die Revision des Postorganisationsgesetzes abgeschlossen ist. Die kleine Kammer hat einen entsprechenden Vorstoss von Philipp Stähelin (CVP / TG) mit 19 zu 11 Stimmen abgelehnt.
 - › **Positivliste in der Grundversicherung:** Nach geltendem Recht müssen die Krankenkassen alle ärztlichen Leistungen bezahlen, die nicht ausdrücklich von der obligatorischen Grundversicherung ausgeschlossen sind. Urs Schwaller (CVP / FR) fordert mit einer Motion einen Wechsel des Systems hin zu einer Positivliste. Demnach soll im gesetzlichen Leistungskatalog abschliessend aufgeführt werden, was von der Grundversicherung zu bezahlen ist. Bundesrat Couchepin wandte sich in seinem
-

letzten Auftritt im Ständerat gegen den Vorschlag Schwaller, da die Festlegung einer Positivliste einen unverhältnismässigen Verwaltungsaufwand verursachen würde. Couchepin plädierte für einen konsequenteren Ausschluss der Leistungen, welche die WZW-Kriterien der Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit nicht erfüllten. Der Ständerat sprach sich mit 17 zu 13 Stimmen für die Motion aus.

- › **Verschärfungen im Bürgerrecht:** Die Regeln für die Nichtigerklärung von Einbürgerungen werden verschärft. Wer falsche Angaben macht oder Tatsachen verschweigt, um das Schweizer Bürgerrecht zu erlangen, dem soll dieses künftig während acht Jahren (bisher fünf Jahre) entzogen werden können. Der Ständerat hat diese Änderungen als Zweitrat mit 20 zu 6 Stimmen gutgeheissen.
- › **Ständerat für höhere Integrationsanforderungen:** Der Ständerat will höhere Anforderungen an die Integration von Ausländern in der Schweiz stellen. Er hat zwei Vorstösse aus dem Nationalrat an den Bundesrat überwiesen. Der erste Vorstoss fordert, dass Ausländer, die sich erwiesenermassen nicht integrieren wollen, die Niederlassungsbewilligung verlieren und ausgeschafft werden können. Der zweite Vorstoss verlangt, dass gute Kenntnisse einer Landessprache sowie eine erfolgreiche Integration als Voraussetzungen für die Erteilung des Schweizer Bürgerrechts gelten sollen.
- › **Bedenkfrist bei einvernehmlicher Scheidung entfällt:** Im Fall einer einvernehmlichen Scheidung wird die zweimonatige Bedenkfrist abgeschafft. Der Ständerat hat einer entsprechenden Änderung des Zivilgesetzbuches einstimmig (mit 27 Stimmen) zugestimmt und ist damit dem Nationalrat gefolgt. Die Vorlage ist damit bereinigt.

6. Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Die Fraktion FDP-Liberale hat in der Herbstsession 2009 folgende fünf Fraktionsvorstösse eingereicht:

- › **Marktzutritt für Finanzdienstleister ermöglichen:** Bisher wurden in der Schweiz gegenüber der EU gewisse Marktzutritts Hindernisse im Bereich der Finanzmärkte in Kauf genommen, zugunsten einer weitgehenden Regulierungsautonomie. Angesichts der gegenwärtigen Regulierungsbestrebungen ausländischer Behörden und der Gefahr zusätzlicher Marktzutritts Hindernisse ist ein Abkommen für den Marktzutritt mit der EU auszuhandeln. Der Bundesrat wird mit dieser Motion beauftragt, der EU Verhandlungen im Bereich der Finanzdienstleistungen vorzuschlagen. Dies mit dem Ziel, gegenseitig grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen zu ermöglichen.
 - › **IV-Sanierung vorantreiben:** Der Bundesrat wird beauftragt, die Gesetzgebung im Rahmen der IV-Revision 6b so abzuändern, dass bei Personen mit schwer definierbaren körperlichen oder psychischen Erkrankungen die Leistungen der IV sich auf die Behandlungsqualität und auf die Eingliederungsmassnahmen konzentrieren und eine IV-Rente grundsätzlich nicht ausgesprochen wird. Der IV-Arzt soll in diesen Fällen allein die zweckmässigen Massnahmen entscheiden können.
 - › **Wertschöpfungspotenzial der Biotechnologie:** Der Bundesrat wird mit diesem Postulat beauftragt zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie die Schlussfolgerungen des soeben erschienenen OECD-Berichtes über die Bedeutung der Biotechnologie bis ins Jahr 2030 durch Massnahmen im Inland und im Verhältnis der Schweiz zum Ausland (im Zusammenhang mit Entwicklungshilfe, Forschung, Innovation und Handel) umgesetzt werden können.
 - › **Gesunder Menschenverstand bei der Kinderbetreuung:** Der Entwurf für die neue Kinderbetreuungsverordnung aus dem Justizdepartement ist mit vielen Fehlern behaftet und schießt weit über das Ziel. Die Eltern - und nicht die Behörden - sollen selbstständig und verantwortungsbewusst entscheiden können, wie und von wem ihre Kinder betreut werden sollen. Es ist nicht Aufgabe des Staates und der Behörden sein, in die vielfältigsten Lebenssituationen einzugreifen und diese bis ins letzte Detail zu regeln, vor allem wenn die wichtigsten Grundsätze des Kindeswohls bereits in den vorhandenen Gesetzesbestimmungen geregelt sind. Die Fraktion FDP-Liberale stellt dem Bundesrat in dieser Interpellation kritische Fragen zur geplanten Kinderbetreuungsverordnung.
-

- › **eHealth-Strategie rasch umsetzen:** Die Umsetzung der eHealth-Strategie Schweiz soll das schweizerische Gesundheitswesen in das digitale Zeitalter führen, mehr Sicherheit und Qualität schaffen und zur Stabilisierung der Gesundheitskosten beitragen. Im Rahmen der Anhörung zum Bericht aus den Teilprojekten der eHealth-Strategie Schweiz wurde unter anderem auch die Frage der notwendigen Rechtsgrundlagen auf Stufen Bund und Kantone erörtert. Vor diesem Hintergrund bittet die Fraktion FDP-Liberale den Bundesrat um die Beantwortung mehrerer Fragen.

7. Schlussabstimmungen

Das Parlament hat folgende zwölf Vorlagen in den Schlussabstimmungen verabschiedet:

- › Mit 180 zu 9 Stimmen und mit 38 zu 0 Stimmen die Änderung des Zivilgesetzbuches, mit der die Bedenkfrist bei einvernehmlicher Scheidung abgeschafft wird.
 - › Mit 131 zu 63 Stimmen und mit 30 zu 9 Stimmen die Änderung des Bürgerrechtsgesetzes, mit der die Frist zur Nichtigerklärung erschlichener Einbürgerungen von fünf auf acht Jahre verlängert wird.
 - › Mit 114 zu 61 Stimmen und mit 40 zu 0 Stimmen die Verfassungsbestimmung über die Forschung am Menschen.
 - › Mit 116 zu 67 Stimmen und mit 26 zu 8 Stimmen das MEDIA-Programm 2007-2013 (Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft).
 - › Mit 130 zu 50 Stimmen und mit 30 zu 6 Stimmen den Bundesbeschluss, der Volk und Ständen die Ablehnung der Volksinitiative „Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tierschutzanwalt-Initiative)“ empfiehlt.
 - › Mit 142 zu 41 Stimmen und mit 30 zu 3 Stimmen den Bundesbeschluss, der Volk und Ständen die Ablehnung der Volksinitiative „Gegen masslosen Bau umwelt- und landschaftsbelastender Anlagen“ empfiehlt.
 - › Mit 196 zu 0 Stimmen und mit 40 zu 0 Stimmen die Teilrevision des Forschungsgesetzes.
 - › Mit 106 zu 88 Stimmen und mit 40 zu 0 Stimmen die Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte, nach der Initianten ein Volksbegehren künftig unter Vorbehalt zurückziehen können, dass ein indirekter Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe effektiv in Kraft tritt.
 - › Mit 189 zu 0 Stimmen und mit 37 zu 0 Stimmen die Gesetzesänderung, gemäss der die Folgen der kalten Progression bei der direkten Bundessteuer ab 2011 jährlich ausgeglichen werden.
 - › Mit 156 zu 28 Stimmen und mit 37 zu 0 Stimmen das Bundesgesetz zur steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern.
 - › Mit 101 zu 93 Stimmen und mit 31 zu 5 Stimmen das befristete Bundesgesetz betreffend die konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen.
 - › Mit 133 zu 56 und 40 zu 0 Stimmen die Verordnung der Bundesversammlung, mit der die Zahl der Richterstellen am Bundesverwaltungsgericht im Zusammenhang mit den Amtshilfegesuchen der USA um maximal fünf erhöht wird.
-